

Bündnis: Volksbegehren soll Kibiz kippen

Von Markus Peters und Martin Teigeler, ddp-nrw | 16.09.2007, 11:35

Düsseldorf. Nach der Großkundgebung gegen das geplante Kinderbildungsgesetz (Kibiz) in Düsseldorf erwägen Mitglieder des Aktionsbündnisses ein Volksbegehren gegen das Vorhaben der Landesregierung. «Falls das Gesetz nicht zurückgezogen wird, muss man über ein Volksbegehren nachdenken», sagte ein Sprecher der Gewerkschaft ver.di. Rund 15.000 Demonstranten hatten am Samstag vor dem Landtag gegen das Kibiz protestiert. Zu der Kundgebung hatte ver.di gemeinsam mit 26 Verbänden der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, den Berufsverbänden und der Freien Wohlfahrtspflege aufgerufen. Die Resonanz habe die Erwartungen des Aktionsbündnisses übertroffen, sagte der Gewerkschaftssprecher. Die Initiatoren der Proteste haben nach eigenen Angaben 123.000 Unterschriften gegen das von der Landesregierung geplante Gesetz gesammelt, das im nächsten Jahr in Kraft treten soll.

«Die Großdemonstration in Düsseldorf zeigt, dass der Widerstand der Betroffenen gegen das Kibiz ungebrochen ist. Wir ermutigen alle, mit ihrem Widerstand solange nicht nachzulassen, bis dieses ungerechte Gesetzeswerk vom Tisch ist», sagte die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion, Andrea Asch.

Das Gesetz soll zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren schaffen und die Sprachförderung verbessern. Bei der Düsseldorfer Kundgebung warnten Redner vor Arbeitsplatzabbau in Kindergärten und schlechteren Arbeitsbedingungen für Erzieher.

Damit die Träger auf ihre Kosten kämen, müssten die Gruppen in den Kindergärten vergrößert werden, wodurch die pädagogische Arbeit leiden würde. Auch kämen auf die Eltern höhere Kosten zu. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Helmut Stahl wies die Proteste als unbegründet zurück. «Diese Demonstration zeigt Unruhe bei Trägern, Kindern und Erziehern. Aber diese Unruhe ist unbegründet und teilweise von Gewerkschaftsfunktionären aufgestachelt worden», sagte Stahl. Er sei überzeugt, dass sich die Befürchtungen der Demonstranten nicht bewahrheiten werden.

«Mit den neuen Familienzentren gehen wir den richtigen Weg. Wir geben dann mit einer Milliarde Euro pro Jahr mehr aus, als jemals in NRW für Kindergärten ausgegeben worden ist», sagte Stahl. Von Kürzungen und Streichungen könne keine Rede sein.

Die familienpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Marie-Theres Kastner, verwies darauf, dass bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2010 über 80.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung stehen werden. Darüber hinaus schaffe Kibiz eine verbesserte Sprachförderung, eine größere Wahlfreiheit für Eltern sowie die Einführung der Pro-Kind-Förderung.

Auch Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) verteidigte das neue Kinderbildungsgesetz. Es habe dem Zweck, soziale Benachteiligung und Armutskarrieren zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu unterbinden - und zwar schon im Kindergarten. In Nordrhein-Westfalen sei jedes vierte Kind armutsgefährdet, fügte Rüttgers hinzu.